№ 55 Abend-Ausgabe
K 27

Berlin

Montag, 2. Februar 1925
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein, Amt Dönhoff 3600–3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686–3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Noch keine Entscheidung in Preußen.

Die Hoffnung der Rechten.

Die Besprechungen des Ministerpräsidenten Braun über die Bildung der neuen preußischen Regierung haben bisher zu einem entscheidenden Ergebnis noch nicht geführt. Am Sonnabend hat Ministerpräsident Braun mit der Wirtschaftspartei verhandelt. Die Wirtschaftspartei hat an ihrer bisherigen Auffassung festgehalten, daß sie eine Regierung nicht unterstützen könne, in der die Sozialdemokratie führend vertreten sei. Heute nachmittag wird die angekündigte Aussprache mit der Deutschen Volkspartei erfolgen, deren rein formeller Charakter von vornherein feststeht. Die Deutsche Volkspartei will die Rückkehr in die Große Koalition ablehnen. Ein Mehrheitskabinett wird also Ministerpräsident Braun, da der Weimarer Koalition drei Stimmen zur Majorität fehlen, nicht bilden können. Die Frage, vor die er sich morgen gestellt sehen dürfte, wird dann lauten: Kabinett der Weimarer Koalition oder Weigerung, die am Freitag erfolgte Wahl zum Ministerpräsidenten anzunehmen.

Die Rechtsparteien glauben schon heute mit der zweiten Eventualität rechnen zu können und meinen, Ministerpräsident Braun werde sich nicht zum zweiten Male einer wahrscheinlichen „Niederlage" aussetzen wollen, die durch die Deutschnational-volksparteilich-kommunistische Waffengemeinschaft herbeigeführt werden könne. Zwar wird die heterogene Opposition auch in Zukunft die nach der Verfassung erforderliche qualifizierte Mehrheit für ein Mißtrauensvotum nicht aufzubringen vermögen, aber eine einfache Majorität gegen die Regierung ist, wie sich gezeigt hat, möglich, wenn zufällig einige Abgeordnete der Weimarer Koalition bei einer Abstimmung fehlen. Auf der Rechten hofft man, daß Ministerpräsident Braun nach der Ablehnung der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei dem Landtagspräsidenten mitteilen werde, daß er die Wahl ablehnen müsse, da die Verhandlungen nicht zur Bildung einer tragfähigen Mehrheit geführt haben.

Soweit verstehen sich die Hoffnungen der Rechtsparteien allerdings nicht, daß sie für den Fall des Verzichtes des Ministerpräsidenten Braun auf die Verwirklichung ihrer Rechtsblock-Träume rechnen. Sie glauben aber, daß die Weimarer Koalition für die nächste erforderlich werdende Wahl des Ministerpräsidenten einen Zentrumskandidaten präsentieren wird. Davon ist schon unmittelbar nach dem Sturze des Kabinetts Braun die Rede gewesen und Landeshauptmann Dr. Horion ist als aussichtsreichster Anwärter genannt worden. Das Zentrum hat für die Wahl am Freitag auf die Aufstellung eines Kandidaten aus seinen Reihen verzichtet, um durch die Wiederwahl Brauns das Festhalten an der Weimarer Koalition zu unterstreichen. Wenn Braun die Wahl nicht annehmen sollte, dann würde voraussichtlich die Kandidatur des Landeshauptmanns Dr. Horion aktuell werden. Möglich, daß dessen Bemühungen um eine Mehrheitskoalition bei der Wirtschaftspartei mehr Entgegenkommen finden werden.

Sollte sich das Zentrum darin enttäuscht sehen, dann — in diesen Bahnen bewegen sich die Gedankengänge der Rechtsparteien — würde es sich genötigt sehen, zunächst den Versuch der Bildung eines Minderheitskabinetts zu machen, das sich parlamentarisch lediglich auf das Zentrum und die Demokraten stützen könnte, die Mehrheiten aber von Fall zu Fall sich verschaffen müßte. Das würde eine starke Abhängigkeit von der Opposition auf der rechten Seite des Hauses mit sich bringen, und den allmählichen Uebergang zur Rechtskoalition vorbereiten.

Dieser Hinweis auf Entwicklungsmöglichkeiten nach den Wünschen der Rechten genügt, um die Gefährlichkeit solcher Experimente erkennen zu lassen. Ein Kabinett auf so schmaler Basis ist in Preußen nicht möglich, es kann auf die Dauer nicht balancieren, sondern muß nach der einen oder der anderen Seite fallen. In Preußen ist nur eine Regierung mit der Sozialdemokratie oder mit den Deutschnationalen denkbar. Und da das Zentrum sich mit aller Entschiedenheit gegen den Rechtsblock und für die Weimarer Koalition erklärt hat, muß die Weimarer Koalition die Regierung bilden. Daß dieses Kabinett einer stark deutschnational-kommunistischen Front gegenüberstehen wird, ist klar, aber es ist noch keineswegs ausgemacht, daß diese Front immer halten und immer an Zahl überlegen sein wird. Schon bei der Wahl am Freitag hat sich gezeigt, daß, wenn die Deutsch-Hannoveraner den Rechtsparteien die Gefolgschaft verweigern, die Weimarer Koalition über eine Mehrheit verfügt. Daraufhin müßte der Versuch eines zweiten Kabinetts Braun gewagt werden. Es wäre abzuwarten, ob es wieder wie am 23. Januar von einer Koalition der Verantwortungslosen gestürzt wird.

Die Reichsregierung erklärt.

Unmittelbar vor Schluß der Abendblätter, also zu einer Zeit, wo eine kritische Stellungnahme so gut wie unmöglich ist, wird durch das Wolffsche Telegraphenbüro eine offiziöse Erklärung zu dem Ruhrkreditskandal verbreitet, die wörtlich sagt:

„Wie wir erfahren, wird die im Haushaltsausschuß des Reichstages seitens der Reichsregierung in Aussicht gestellte Denkschrift zu der Frage der Ersatzleistung für die unter dem Micum-System von der Industrie ausgeführten Reparationslieferungen dem Ausschuß in wenigen Tagen zugehen. Gegenüber den schiefen und von völlig falschen Voraussetzungen (!) ausgehenden Darstellungen eines Teiles der Presse wird jedoch bereits jetzt in allgemeiner Hinsicht von zuständiger Stelle folgendes festgestellt:

Der im Herbst 1923 gefaßte Entschluß der Reichsregierung, die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet durch die Zustimmung zum Abschluß der Micum-Verträge zu ermöglichen, war der Ausfluß des politischen Willens, den Weg der sogenannten Verfachungspolitik gegenüber den besetzten Gebieten unter keinen Umständen zu beschreiten.

Viele Kritiker scheinen heute keine Vorstellung mehr davon zu haben, wie es im Herbst 1923, nach Beendigung des passiven Widerstandes, in dem besetzten Gebiet aussehen hat, soweit die Besatzungsmächte die Wiederaufnahme der Arbeit tatsächlich verhinderten. Die notwendige Voraussetzung für den Abschluß der Micum-Verträge war die Zusicherung der Reichsregierung, nach erfolgter Ordnung der Reichsfinanzen für die unter dem Micum-System von der Industrie geleisteten Vorschüsse auf Reparationslieferungen des Reichs Ersatz zu leisten. Nur so konnte allmählich Abhilfe geschaffen und äußerste Not von der Bevölkerung abgewendet werden.

Die loyale Einlösung dieser damals übernommenen Verpflichtung deckt sich mit der bei Reichsregierung und Volksgesamtheit in gleicher Weise herrschenden Ueberzeugung, daß die besetzten Gebiete nicht zur Reparationsprovinz für das Reich werden dürfen.

Ueber rollen einzelne, insbesondere über die Höhe der Zahlungen, wird die Denkschrift eingehend Auskunft geben."

Soweit die Erklärung. Wir bedauern, daß die zuständige Stelle durch eine Polemik dieser Art den Anschein erweckt, als ob sie einer sachlichen Erörterung vorgreifen wolle. Es gibt nur ein öffentliches Interesse in dieser Angelegenheit: die restlose Klärung. Wenn die Reichsregierung nicht abwarten zu können glaubt, bis ihre Denkschrift, die ja „in wenigen Tagen" erscheinen soll, fertiggestellt ist, so hätte sie wohl einen Weg der Fühlungnahme mit der Presse finden können, die den peinlichen Eindruck vermieden hätte als ob durch die Herausgabe einer sogenannten offiziellen „Feststellung" die öffentliche Meinung beeinflußt werden solle.

Dabei belegt die Erklärung wenig gegenüber den entscheidenden Tatsachen. Es ging keineswegs an, in einer so wichtigen Angelegenheit Verbindlichkeiten für das Reich zu begründen und sogar Auszahlungen in ganz beträchtlichem Umfange vorzunehmen, ohne die Genehmigung des Reichstages vorher einzuholen. Auch konnte die Schwerindustrie nicht verlangen, daß ihr einseitige Vorteile gegenüber den anderen Geschädigten gewährt wurden. Die materielle Berechtigung der einzelnen Forderungen liegt nach wie vor völlig im Unklaren.

Ganz besonders bedenklich ist die geheime Behandlung der Entschädigungsfrage, die es der Schwerindustrie ermöglicht hat, unter Hinweis auf ihre schwere Notlage und ihre „Opfer", auf Kosten der übrigen Volkskreise, z. B. in der Preis- und Sozialpolitik, private Vorteile zu erlangen.

Kompromiß mit dem Vatikan?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

s **Paris**, 2. Februar.

Die „Information" meldet aus Rom, daß man in dortigen vatikanischen Kreisen sich lebhaft mit den zukünftigen Beziehungen zwischen Frankreich und dem Heiligen Stuhl befasse. Allgemein glaubt man, daß wenn Frankreich im Vatikan nur einen offiziellen Vertreter beibehalte, um die Interessen von Elsaß-Lothringen zu verteidigen, der Vatikan seinerseits seinen Nuntius nicht in Paris belassen werde. Um aber seinen guten Willen zu zeigen, werde der Papst die Nuntiatur nicht offiziell aufgeben, er wird sich darauf beschränken, einen einfachen Beobachter in Paris zu belassen, als Verbindungsmann für die Fragen, die Elsaß-Lothringen betreffen. Der gegenwärtige Nuntius Cerretti werde nach Rom zurückkehren und den Kardinalshut erhalten. Immerhin könnte diese Absicht, die man dem Papst unterschiebt durch die Entwicklung der französischen Politik grundlegend verändert werden.

Chamberlains Rede.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

who **London**, 2. Februar.

Die internationale Aussprache über die europäische Politik, die durch die Reden Herriots, Kellogs und Luthers eingeleitet worden ist, wurde am Sonnabend durch Chamberlain fortgesetzt. Der englische Außenminister sprach in Birmingham bei dem Jahresessen der Juweliere und Silberschmiede. Er ist, wie der „Daily Telegraph" sagt, während seines Besuches in Paris „von nichts mehr beeindruckt worden, als von der Furcht für die Sicherheit Frankreichs, der alle französischen Staatsmänner Ausdruck gegeben hätten". In der Tat fällt es auf, mit welcher Entschiedenheit Chamberlain das Sicherungsbedürfnis Frankreichs anerkannte. Frankreich habe das Recht, so sagte Chamberlain, gegen eine Wiederholung der Unbilden geschützt zu werden, die es im vergangenen Jahrzehnt erlebt habe. Solange nicht der erste Schritt in dieser Richtung getan sei, sei nichts geschehen, diese Besorgnisse zu zerstreuen und die vergangenen Feindseligkeiten zu vergessen.

Der Minister ging sodann auf den kürzlichen Notenwechsel mit Deutschland ein und sagte, er „bedaure" den Ton der deutschen Antwort und die Rede des deutschen Kanzlers vom Freitag. Er wolle sich auf keine Kontroverse einlassen, die in dieser Weise geführt werde, und begnüge sich damit, von einem Satz in der Rede des Kanzlers Notiz zu nehmen, der besage, daß die deutsche Regierung durchaus entschlossen sei, **Versicherungen in der Entwaffnungsfrage gut zu machen, die ihr von den Alliierten nachgewiesen werden, oder die auf andere Weise zu ihrer Kenntnis gelangen könnten.** Er begnüge sich ferner damit, den letzten Satz der Note der Alliierten zu wiederholen, der der Aufmerksamkeit der deutschen Regierung entgangen zu sein scheine, daß die Alliierten entschlossen seien, ihre vertraglichen Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen.

Chamberlains Rede verfolgte offenbar den Zweck, den Schwierigkeiten Herriots gerecht zu werden und seine Stellung zu festigen. Weniger klar ist es, wie weit die englische Regierung zu gehen bereit ist, um dem von ihr anerkannten Sicherungsbedürfnis Frankreichs gerecht zu werden. Es wäre jedenfalls fehlch, Chamberlains Rede als deutschfeindlich auszulegen.

Das erwähnte konservative Blatt kündigt an, es werde voraussichtlich in dieser Woche dem englischen Kabinett ein in Umrissen abgefaßter **Plan zur Garantie des westeuropäischen Friedens** zur Erörterung vorgelegt werden, der von dem Unterkomitee des Reichsverteidigungskomitees ausgeht, das zur Prüfung des Genfer Protokolls eingesetzt ist. Einer der darin enthaltenen Vorschläge, die den Regierungen der Dominions unterbreitet werden sollen, bewegt sich in der Richtung, **einen westlichen Pakt mit einem unschädlicheren allgemeinen Protokoll zu verschmelzen.** Auf einen solchen Pakt habe Chamberlain in seiner Sonnabend-Rede angespielt. So besorgt er aber in der Sicherheitsfrage sei, so wenig sei er geneigt, von Versailles abzugehen, und der Wunsch, **daß die Besetzung von Köln aufhören müsse, sobald die Entwaffnungsbestimmungen erfüllt seien, sei sowohl an Deutschland als an Frankreich gerichtet.** Dem gegenwärtigen Besuch des englischen Oberkommandierenden in Köln in London müsse keine übertriebene Wichtigkeit beigemessen werden, aber die militärischen Dienststellen müßten Vorsorge treffen für die Räumung und Ueberführung der Garnison in ein Gebiet, das im voraus bestimmt werden müsse.

Nach seinen Informationen habe Frankreich keine übergroße Neigung, den von Luther vorgeschenen Sicherheitspakt mit Deutschland allein zu erörtern, sondern ziehe Besprechungen vor, an denen alle Alliierten teilnehmen, oder die sich in den Rahmen des Völkerbundes einfügen. Vielleicht habe Herriot, wenn er den Brückenkopf von Köln als die letzte Garantie Frankreichs bezeichnet, dabei ein **autonomes und neutralisiertes Westrheinland** im Sinn gehabt, wie es von Loucheur ausgedacht sei, das aber Veränderungen in der deutschen Reichsverfassung bedinge, die außerhalb der Bestimmungen des Friedensvertrages lägen.

Während die offiziöse Presse den Tadel Chamberlains über den Ton der deutschen Entwaffnungsnote unterschreibt und ihn als Beweis für das Wiederaufleben des Geistes eines rücksichtslosen Militarismus in einer breiten Schicht des deutschen Volkes bezeichnet, sagen die liberalen Blätter, wie „Westminster Gazette" und „Daily News", Deutschland habe ebenfalls und vielleicht mehr als Frankreich Garantien nötig. Würden ihm diese Garantien gewährt, so würden, meint „Westminster Gazette", die Befürchtungen vor einer Revanche sich bald verflüchtigen. Es sei viel notwendiger, die offensichtlicheren und wahrscheinlicheren Anlässe zu einem Kriege zu beseitigen, als Wälle gegen Angriffe zu errichten, die lediglich auf Kombinationen beruhten. „Daily Chronicle" erklärt, es bestehe kein moralisches Recht Frankreichs auf Abschluß eines Sicherungsvertrages oder auf Sicherheitsgarantien, die nicht im Versailler Vertrag begründet sind. Denn an Stelle des von Amerika nicht ratifizierten Garantievertrages sei ihm von England ein neuer Ver-

0013